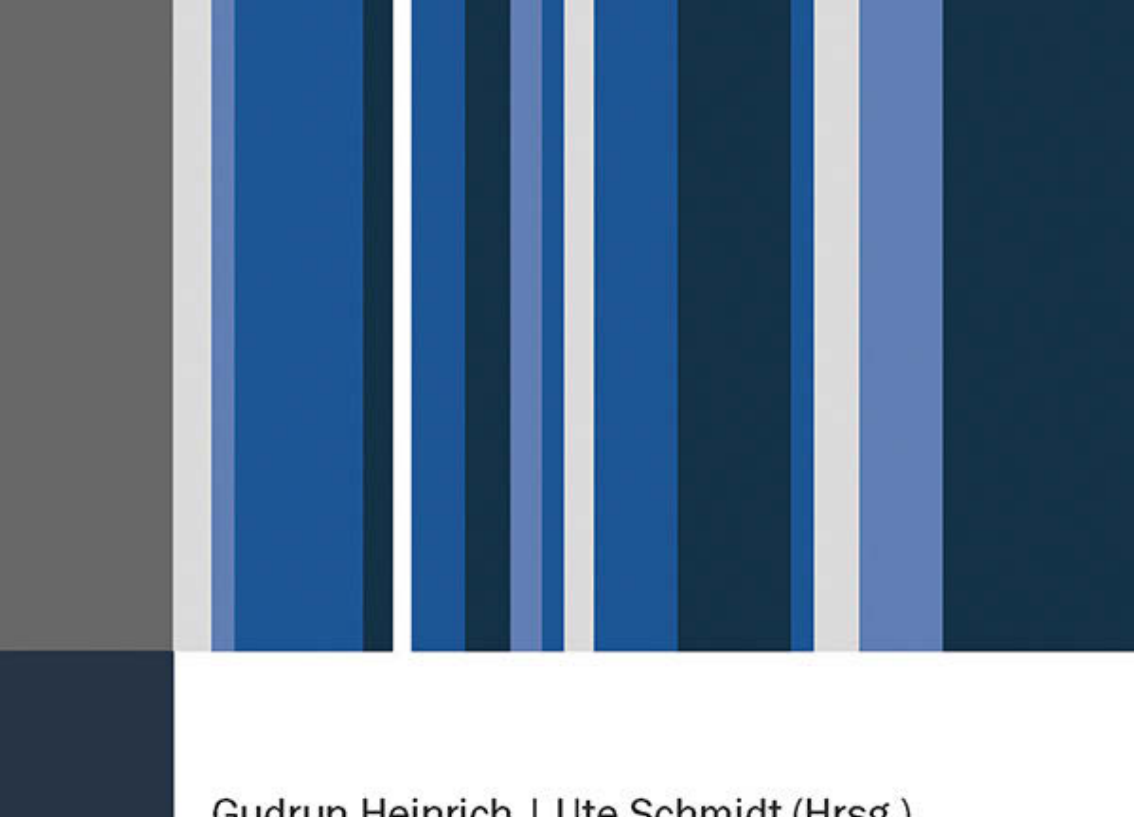




Gudrun Heinrich | Ute Schmidt (Hrsg.)

Demokratie gemeinsam stärken!

Erfahrungen aus
Mecklenburg-Vorpommern

BELTZ JUVENTA

Gudrun Heinrich | Ute Schmidt (Hrsg.)
Demokratie gemeinsam stärken!

Gudrun Heinrich | Ute Schmidt |
Landeszentrale für politische Bildung
Mecklenburg-Vorpommern |
Landeskoordinierungsstelle für
Demokratie und Toleranz (Hrsg.)

Demokratie gemeinsam stärken!

Erfahrungen aus Mecklenburg-Vorpommern

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*



EUROPÄISCHE UNION
Europäischer Sozialfonds



Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern

Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz

Jägerweg 2, 19053 Schwerin, www.lpb-mv.de, www.beratungsnetzwerk-mv.de

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der LpB MV, des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme.



Dieses Buch ist erhältlich als:

ISBN 978-3-7799-6379-0 Print

ISBN 978-3-7799-5685-3 E-Book (PDF)

1. Auflage 2022

© 2022 Beltz Juventa

in der Verlagsgruppe Beltz · Weinheim Basel

Werderstraße 10, 69469 Weinheim

Alle Rechte vorbehalten

Herstellung und Satz: Ulrike Poppel

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe, Bad Langensalza

Printed in Germany

Weitere Informationen zu unseren Autor_innen und Titeln finden Sie unter: www.beltz.de

Inhalt

Einleitung	7
------------	---

I Rahmenbedingungen

Demokratiebildung und Extremismusprävention in Mecklenburg-Vorpommern <i>Gudrun Heinrich und Ute Schmidt</i>	12
Herausforderungen, Ansätze und Entwicklungen der Bundesprogramme <i>Interview mit Thomas Heppener</i>	21
Parteien, Politik und Politische Kultur in Mecklenburg-Vorpommern <i>Jan Müller</i>	30

II Regionalanalysen

Einleitung	40
Landkreis und Hansestadt Rostock <i>Elisabeth Siebert</i>	44
Mecklenburgische Seenplatte <i>Sophie Lübcke</i>	53
Vorpommern-Greifswald <i>Christian Ulbricht und Delphine Wollenberg</i>	62
Vorpommern-Rügen <i>Hartmut Gutsche</i>	71
Westmecklenburg <i>Regionalzentrum für demokratische Kultur Westmecklenburg</i>	80

III Handlungsfelder

Einleitung	88
Aus- und Fortbildung von Polizei und Verwaltung <i>Christiane Schilf und Maria-Luisa Waßmann</i>	91
Beratungsangebote für Betriebe <i>Konstanze Kappell und Paul Zimansky</i>	98

Betroffenenberatung und deren Perspektiven <i>LOBBI e. V.</i>	105
Bürgerschaftliches Engagement <i>Interview mit Adriana Lettrari und Hannelore Kohl</i>	113
Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit in zwei Phänomenbereichen <i>Yannick von Lautz und Michél Murawa</i>	122
Frühkindliche Bildung <i>Heike Habeck</i>	131
Lernort Schule <i>Gudrun Heinrich und Wolfgang Klameth</i>	138
Perspektiven der Sicherheitsbehörden <i>Landesbehörde für Verfassungsschutz Mecklenburg-Vorpommern und Landeskriminalamt Mecklenburg-Vorpommern</i>	145
IV Perspektiven	
Erfahrungen und Entwicklungen der Landesprogramme <i>Interview mit Reiner Becker</i>	154
Rückblick und Ausblick <i>Jochen Schmidt</i>	160
Abkürzungsverzeichnis	165
Literatur	166
Kontakte	172

Einleitung

Im Jahr 2006 verabschiedete der Landtag in Mecklenburg-Vorpommern das erste Landesprogramm unter dem Titel „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“. Seitdem haben sich die Herausforderungen verändert, das Feld der Akteure erweitert und die Aufgaben ausdifferenziert. Die Idee, die Erfahrungen der Akteure in diesem Feld zusammenzufassen und zu reflektieren, entstand 2019, als die Landeskoordinierungsstelle unter anderem mit der fachlichen Expertise der Arbeitsstelle Politische Bildung das Landesprogramm überarbeitete und die darauf aufbauende Umsetzungsstrategie vorbereitete.

Ziel war es, die unterschiedlichen Perspektiven und Erfahrungen im Bundesland zu bündeln und in einem Sammelband zusammenzuführen. Im Mittelpunkt stehen daher die Erfahrungen und Analysen der Aktiven vor Ort.

In Mecklenburg-Vorpommern wurde relativ frühzeitig begonnen, die Arbeit im Themenfeld Demokratie und Toleranz über ein Landesprogramm und eine Umsetzungsstrategie zu steuern. Landesmittel und später auch Bundesmittel sollten koordiniert eingesetzt werden. Dabei bleiben die Strukturen eines Flächenlandes mit ländlichen Räumen und wenigen urbanen Zentren eine Herausforderung. Ökonomische Schwächen, eine aus der Wende resultierende Skepsis gegenüber politischen Parteien und rechtsextreme Strukturen, die von 2006 bis 2016 durch eine Landtagsfraktion subventioniert werden konnten, prägten lange Zeit die Arbeit. In den Jahren 2015 und 2016 stellte die Zuwanderung geflüchteter Menschen die Strukturen und Aktivitäten im Themenfeld Demokratie und Toleranz vor große Herausforderungen.

Aus unserer Sicht ist es in Mecklenburg-Vorpommern gelungen, eine strukturierte und zur Kooperation fähige Landschaft von Akteuren, Initiativen und Trägern der Demokratiebildung und Extremismusprävention aufzubauen. Dabei bleiben noch zahlreiche Schwächen und Leerstellen, weshalb die Weiterentwicklung eine ständige Herausforderung darstellt.

Der vorliegende Sammelband soll zum einen die Erfahrungen der Akteurinnen und Akteure im Land darstellen und reflektieren und damit zum gegenseitigen Verständnis beitragen und zu weiteren Kooperation anregen. Zum anderen sollen die Erfahrungen auch für Träger, Initiativen und politische Entscheiderinnen und Entscheider in anderen Bundesländern sichtbar gemacht und dokumentiert werden.

Die Einführung in das Politikfeld geschieht aus zwei Perspektiven. Zunächst beschreiben die Herausgeberinnen die Entwicklung des Politikfeldes im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. Gudrun Heinrich begleitet als

Leiterin der Arbeitsstelle Politische Bildung an der Universität Rostock das Themenfeld seit über 20 Jahren. Gemeinsam mit Ute Schmidt, Leiterin der Landeskoordinierungsstelle Demokratie und Toleranz, benennt sie im einführnden Beitrag zentrale Wegmarken, Herausforderungen und Gelingensbedingungen der Demokratieförderung.

Thomas Heppener wirft als Leiter der Unterabteilung „Demokratie und Engagement“ im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend einen Blick auf die Entwicklung der Bundesprogramme und beschreibt ihre Rolle in Zusammenarbeit mit den unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren und Strukturen in den Ländern.

Das Politikfeld ist nicht ohne die landesspezifischen Rahmenbedingungen zu verstehen. Jan Müller, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politik- und Verwaltungswissenschaften der Universität Rostock beschreibt die politische Kultur des Landes und analysiert die Entwicklung der Parteien und deren Wahlergebnisse.

Die Strukturen der Demokratieförderung und Extremismusprävention in Mecklenburg-Vorpommern sind bewusst als Netz dezentraler und spezialisierter Angebote aufgebaut. Die Knotenpunkte dieses Netzwerkes stellen die Regionalzentren für demokratische Kultur an fünf Standorten im Bundesland dar. Sie sind als Beratende im Themenfeld die Expertinnen ihrer Regionen. Das Ziel der Regionalanalysen aus der Feder der Mitarbeitenden der Regionalzentren ist es nicht, die Arbeit der Zentren zu schildern, sondern die Regionen mit ihren spezifischen Herausforderungen zu analysieren und die auf diese Lage orientierte Arbeit mit ihren Herausforderungen und Chancen zu beschreiben. So sollen Erfahrungen für andere nachvollziehbar gemacht und Lerneffekte ermöglicht werden. Entstanden sind Regionalanalysen aus dem Landkreis und der Hansestadt Rostock sowie den Regionen Mecklenburgische Seenplatte, Vorpommern-Greifswald, Vorpommern-Rügen und Westmecklenburg, die sowohl die Unterschiedlichkeit der regionalen Bedingungen herausarbeiten als auch gemeinsame Herausforderungen in den ländlichen Strukturen benennen.

Für die Beschreibung der themenspezifischen Handlungsfelder wurden einzelne Bereiche ausgewählt, in denen Mecklenburg-Vorpommern über spezifische Erfahrungen verfügt. Auch hier kommen die Akteurinnen und Akteure sowie die Begleitenden der Prozesse selbst zu Wort. Die Fachhochschule Güstrow engagiert sich für eine nachhaltige Verankerung des Themenfeldes in der Aus- und Fortbildung von Polizei und Verwaltung. Seit dem ersten Landesprogramm 2008 arbeitet das Betriebliche Beratungsteam landesweit in enger Abstimmung mit den Gewerkschaften, um in den betrieblichen Strukturen vor Ort Beratung, Fortbildung und direkte Unterstützung in Krisenfällen anzubieten. Sie sind ebenso Mitglied im landesweiten Beratungsnetzwerk wie der Verein LOBBI e. V., der mit unterschiedlichen Standorten landesweit vertreten ist und die Beratung Betroffener rechter Gewalt verantwortet. Die Förderung

von bürgerschaftlichem Engagement hat in Mecklenburg-Vorpommern durch die Etablierung einer landesweiten Ehrenamtsstiftung einen festen Platz. Die Geschäftsführerin und die ehrenamtliche Vorstandsvorsitzende beschreiben ihre Arbeit und erläutern die Bedeutung des Ehrenamtes für das Handlungsfeld der Demokratieförderung. Die Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit ist durch die Projekte JUMP (zuständig für den Bereich Rechtsextremismus) und Bidaya (zuständig für den Bereich religiös motivierter Extremismus) im landesweiten Beratungsnetzwerk vertreten. Bildung und Erziehung sind zentrale Handlungsfelder der Demokratiebildung und Extremismusprävention. Eine besondere Expertise liegt für die frühkindliche Erziehung vor, die schon frühzeitig einen Schwerpunkt der landesweiten Unterstützungsarbeit darstellte. Der Lernort Schule bleibt ein zentraler Sozialisationsraum, den es für die Befähigung zur Demokratie zu nutzen gilt. Im landesweiten Beratungsnetzwerk ist es gelungen, eine Kooperation der verschiedenen zivilgesellschaftlichen Träger und staatlichen Akteure aus Ministerien und Sicherheitsbehörden zu etablieren. So ist auch die Perspektive der Sicherheitsbehörden durch einen Beitrag der Landesbehörde für Verfassungsschutz und des Landeskriminalamts als Teil der Beschreibung des Handlungsfelds aufgeführt.

Der Band schließt mit zwei Perspektiven. Reiner Becker, Leiter des Demokratiezentrums in Hessen, blickt in einem Interview auf die Genese der Landesprogramme zurück und zeigt Eckpunkte künftiger Entwicklungen auf. Jochen Schmidt, Direktor der Landeszentrale für politische Bildung, bei der die Landeskoordinierungsstelle beheimatet ist, schließt mit seinen Analysen den Band ab.

Die Herausgeberinnen hoffen, dass die Analysen und Erfahrungsberichte Mut machen, das Themenfeld strukturell weiterzuentwickeln und vernetzt aufzustellen. Die Kontaktdaten am Ende des Bandes dienen dazu, bei den Expertinnen und Experten nachzufragen und eine Vernetzung über die Landesgrenzen hinweg zu intensivieren.

Wir danken allen Autorinnen und Autoren sowie den Interviewpartnerinnen und -partnern, die mit ihrer Expertise zum Gelingen dieses Buchprojekts beigetragen haben. Das Projekt wurde auch durch die studentischen Mitarbeitenden der Arbeitsstelle Politische Bildung begleitet: Hanna Kaminski behielt in der Zeit des Entstehens nicht nur die Nerven, sondern hielt auch die Fäden in der Hand. Sara Klamann und Nils Vetter ergänzten dies am Ende des Prozesses durch umsichtige Korrekturarbeiten.

Danken möchten wir in besonderem Maße den Mitarbeitenden der Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz. Katrin Benkenstein gilt unser Dank für ihre Begleitung und die zahlreichen wichtigen Hinweise. Der Sammelband wäre ohne die geduldige und stets auf Qualität bedachte Koordination durch Eckart Schörle nicht in dieser Form erschienen. Dafür unser ganz herzlicher Dank.

I Rahmenbedingungen

Demokratiebildung und Extremismusprävention in Mecklenburg-Vorpommern

Gudrun Heinrich und Ute Schmidt

Politische Entwicklungen auf Bundes- wie auf Landesebene, ökonomische Brüche und Chancen sowie mehr oder weniger zufällige Akteurskonstellationen waren die Rahmenbedingungen im Themenfeld Demokratiebildung und Extremismusprävention, bis es ab 2006 zur Entwicklung einer koordinierten Strategie in diesem Handlungsfeld in Mecklenburg-Vorpommern kam. Im Folgenden beschreiben wir die Entwicklung des Politikfeldes aus Sicht der Landeskoordinierungsstelle für Demokratie und Toleranz und der externen wissenschaftlichen Beratung.

Im August 1992 setzten die rassistischen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen ein Fanal, das die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Mecklenburg-Vorpommern nachhaltig prägen sollte. Die Pogrome in Lichtenhagen waren die massivsten rassistisch motivierten Angriffe in Deutschland nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. In Reaktion darauf entstanden erste Projekte und Initiativen. Bis die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus jedoch ein landesweit diskutiertes Thema wurde und Politik und Landesregierung konsequent darauf reagierten, vergingen noch viele Jahre, in denen Einzelpersonen und einige Träger die Initiative ergriffen, sich an Bundesprogrammen beteiligten oder im Bündnis Zivilcourage zeigten (siehe hierzu u. a. Schmidt 2015).

Die wenigen zivilgesellschaftlichen Bündnisse und Initiativen konzentrierten sich vor allem in den Städten und bemühten sich um Anerkennung und Schutz vor einer gewaltbereiten rechtsextremen Szene. Die über das Bundesprogramm CIVITAS (2001–2007) geförderten mobilen Beratungsteams, Netzwerke und die Opferberatung hatten noch eine begrenzte Reichweite. In diesen ersten Projekten sammelten sich wesentliche Erfahrungen und notwendige Expertise, auf welche die sich langsam entwickelnde Präventionsstruktur aufbauen konnte. Auf der anderen Seite konnten sich in dieser Zeit rechtsextreme Organisationen etablieren und Vernetzungsstrukturen aufbauen. Eine offen gewaltbereite Szene, geprägt von Kameradschaften und lokalen Organisationen agierte in den Kommunen und Landkreisen. Unterstützung für Projekte und Maßnahmen der Prävention waren zunächst von der Idee geprägt, Rechtsextremismus sei vor allem ein Jugendphänomen. Das auf eine sozialpä-

dagogische Arbeit mit der rechtsextremen Klientel fokussierte Bundesprogramm „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (1992–1996) wurde erst 2001 durch eine umfassendere Strategie abgelöst, die im Rahmen des Bundesprogramms „Jugend für Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ (2001–2006) erstmalig die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen mit in den Blick nahm.

Der Weg der Etablierung als landespolitisches Handlungsfeld

Der Erfolg der NPD bei Bundestags- und Kommunalwahlen und schließlich ihr Einzug in den Schweriner Landtag 2006 beschleunigten den Aufbau einer Präventionslandschaft in Mecklenburg-Vorpommern. Das schon länger diskutierte Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken!“ wurde 2006 mit Zustimmung aller demokratischen Fraktionen im Landtag verabschiedet. Damit begann in Mecklenburg-Vorpommern der Aufbau einer Struktur zur Demokratieförderung und Extremismusprävention. Das erste Landesprogramm konzentrierte sich auf die durch einen gewaltbereiten Rechtsextremismus entstandene Gefährdungslage und betonte die Notwendigkeit einer „wehrhaften Demokratie“. Es war von vornherein als ressortübergreifender Ansatz angelegt, in dem zunächst zehn Handlungsfelder benannt wurden (Landtag Mecklenburg-Vorpommern 2006). Die Bedeutung der Extremismusprävention stand den Abgeordneten wie auch den Mitgliedern in kommunalen Vertretungen durch eine provokativ und gut vernetzt agierende NPD deutlich vor Augen. Mit Blick auf die Arbeit im Landtag hatten sich die demokratischen Fraktionen auf einen gemeinsamen Umgang mit Anträgen der NPD geeinigt. Man war bestrebt, den Fraktionären von rechtsaußen weder im Landtag noch in kommunalen Vertretungen ein Podium zu geben (der sogenannte Schweriner Weg). Es war über die Legislaturperioden hinweg gelungen, das Landesprogramm mit Zustimmung aller demokratischen Fraktionen im Landtag (SPD, CDU, Die Linke, von 2006 bis 2011 auch FDP, von 2011 bis 2016 auch Bündnis 90/Die Grünen) zu implementieren, mit einer Umsetzungsstrategie zu untersetzen und Auseinandersetzungen über Förderpolitiken nicht zum Profilierungsthema der Parteien werden zu lassen.

2007 wurde das erste zentrale Vorhaben des Landesprogramms durch die Einrichtung von Regionalzentren für demokratische Kultur an fünf Standorten im Land mit einer festen landesweiten, aber dezentral organisierten Struktur umgesetzt.

Strukturelle Säulen in der Arbeit für Demokratiebildung und Extremismusprävention

Die 2007 eingerichtete Landeskoordinierungsstelle, die zunächst im Sozialministerium angesiedelt war und 2012 ins Bildungsministerium zur Landeszentrale für politische Bildung wechselte, ist für die Begleitung, Unterstützung und Koordination der landesweiten Aktivitäten zuständig. Sie koordiniert den Vergaberat, der über Projektmittel entscheidet, und fungiert als Geschäftsstelle der Interministeriellen Arbeitsgruppe „Handlungsrahmen für Demokratie und Toleranz“, in welcher die Landesressorts zusammenarbeiten.

In der ersten Phase der Etablierung des Landesprogramms zeigte sich, dass die Landeskoordinierungsstelle trotz der gemeinsamen Beschlusslagen zur Umsetzung des Landesprogramms immer wieder proaktiv auf die Ressorts zugehen musste. Es galt Anlässe der Zusammenarbeit zu suchen und die Unterstützungsangebote zu bewerben. Bis es Normalität wurde, dass die Landeskoordinierungsstelle regulär in Entscheidungsprozesse und Gremien einbezogen wurde, vergingen einige Jahre. Sie musste sich immer wieder zu Wort melden, Unterstützung anbieten, Fragen stellen, Verbündete suchen, um schließlich auf der Arbeitsebene als eine verlässliche und verbindliche Partnerin in der Arbeit wahrgenommen zu werden.

Mit dem deutlichen Aufwuchs der Mittel aus dem Landes- wie den zunehmend finanzstärkeren Bundesprogrammen wuchs auch der Aufwand der Koordinierung der Aktivitäten. Die Landeskoordinierungsstelle fungiert seit 2015 auch als Landes-Demokratiezentrum im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“. Ihre koordinierende und strukturgebende Funktion besteht unter anderem in der Einbindung der Potenziale und Aktivitäten der Bundesprogramme in die Arbeit der durch das Landesprogramm finanzierten Struktur.

Dabei strukturiert die Landeskoordinierungsstelle die Prozesse bewusst, indem sie unter anderem die Vergabe der Mittel aus den Bundesprogrammen betreut, einzelne Träger in der Antragstellung berät, andere dazu motiviert, sich zu bewerben und auch durch Votierungen direkt auf den Prozess einwirkt. In der Umsetzung des Landesprogramms hatte man frühzeitig begonnen, nachhaltige Strukturen und möglichst lange Förderperioden aufzubauen. Dies gelang durch den Einsatz von Mitteln des Europäischen Sozialfonds, die eine Zusage einer Finanzierung über eine vergleichsweise lange Phase von sieben Jahren ermöglicht.

Die Basis der landesweiten Struktur sind die fünf Regionalzentren für demokratische Kultur, die seit 2007 professionelle Beratung und Vernetzung, Demokratiebildung und inhaltliche Expertise in den Regionen des Landes anbieten. Mit der Annahme des Konzeptes zur Einrichtung der Regionalzentren entschied sich das Land für die Vergabe der Regionalzentren an unterschiedli-

che Träger, die mit multiprofessionellen Teams als Ansprechpartner und Kompetenzzentren wahrgenommen werden sollten. In das von den Universitäten Rostock und Greifswald erstellte Gutachten als Grundlage des Konzeptes waren die Erfahrungen und Anregungen der mobilen Beratung der Evangelischen Akademie und der Regionalen Arbeitsstelle für Bildung, Integration und Demokratie Mecklenburg-Vorpommern eingeflossen (Buchstein/Heinrich 2007). Im Ergebnis wurden an fünf Standorten Regionalzentren installiert, die nach einer Aufbauphase über jeweils vier volle Personalstellen verfügen. 2010 wurde die Arbeit der Regionalzentren erstmalig von den Universitäten Rostock und Greifswald evaluiert (Buchstein/Heinrich 2010). Eine weitere Evaluation erfolgte durch das Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik sowie das Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (Institut für Stadtforschung und Strukturpolitik/Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik 2019), die ihre Wirksamkeit erneut bestätigten.

Die regional verankerten Beratungszentren sollen den Notwendigkeiten eines dünn besiedelten Flächenlandes entsprechen und werden durch das landesweite Beratungsnetzwerk zusammengehalten und ergänzt. Die Landeskoordinierungsstelle begleitet und strukturiert die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure im Beratungsnetzwerk. Hier finden sich die zentralen Landesstrukturen zusammen, die seit der Gründung des Netzwerkes 2007 deutlich gewachsen sind. Alle Mitglieder des landesweiten Beratungsnetzwerkes formulierten in einem aufwendigen Prozess ein gemeinsames Leitbild, verabredeten Verfahrensabläufe, legten Indikatoren fest und entwickelten Dokumentations- und Berichtsinstrumente. Ein gemeinsames Qualitätshandbuch hielt die Verabredungen fest, 2013 wurde das Beratungsnetzwerk erstmals qualitätstestiert. Die Sichtbarkeit des Netzwerkes wurde erhöht, die Berichterstattung und damit auch die Auswertbarkeit der Arbeit wurde optimiert und die Zusammenarbeit gestärkt.

Mitglieder des Beratungsnetzwerkes sind neben den Regionalzentren für demokratische Kultur, die Beratung für Opfer und Betroffene rechter Gewalt (LOBBI), das Betriebliche Beratungsteam (BBT), das Ausstiegs- und Distanzierungsangebot (JUMP), seit 2017 auch die Fachstelle für religiös begründeten Extremismus (Bidaya) sowie die staatlichen Mitglieder aus den Innen-, Justiz-, Sozial- und Bildungsressorts. Der relativ begrenzte Kreis teilnehmender Projekte und Institutionen soll die Koordination der Arbeit untereinander stärken. Durch diese sehr enge Verzahnung staatlichen und nichtstaatlichen Handelns konnte eine vertrauensvolle Zusammenarbeit etabliert werden, die trotz unterschiedlicher Ausrichtungen und Perspektiven eine konstruktive Arbeit sichert und neue Zugänge zu den Ressorts und den Regelstrukturen eröffnet.

Das landesweite Netz wird ergänzt durch Modellprojekte, die aus den jeweiligen Bundesprogrammen gefördert werden. Die einzelnen fachlich fokussierten Projekte werden ebenfalls von der Landeskoordinierungsstelle begleitet

und unterstützt, um Synergieeffekte zu nutzen und Vernetzung untereinander zu ermöglichen. Initiativen wie „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ ergänzen seit 2008 die Struktur. Als ein umspannendes gesellschaftliches Bündnis für Demokratie und Toleranz bringt „WIR. Erfolg braucht Vielfalt“ zahlreiche Akteurinnen und Akteure aus Zivilgesellschaft, aber auch aus der Wirtschaft zusammen. Ein weiterer zentraler landesweiter Partner ist die Ehrenamtsstiftung mit Sitz in Güstrow.

Die Verbindung mit kommunalen Aktivitäten

Neben dem Beratungsnetzwerk und verschiedenen landesweit agierenden Modellprojekten entwickelte sich in den letzten Jahren eine Vielzahl kommunaler Projekte und Bündnisse. Dabei konnte an die schon seit den 1990er Jahren aktiven lokalen Präventionsräte angeknüpft werden. Durch das Bundesprogramm „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ konnten in den Jahren 2010 bis 2014 Lokale Aktionspläne in insgesamt 16 Kommunen finanziert werden. Inzwischen agieren die vom Bundesprogramm „Demokratie leben!“ finanzierten Partnerschaften für Demokratie in 19 Kommunen oder Landkreisen in Mecklenburg-Vorpommern und bilden eine nahezu flächendeckende Struktur der lokalen Demokratieförderung. In zahlreichen Regionen gibt es eine hohe Kontinuität der beteiligten Kommunen und Gebietskörperschaften, in denen sich Sportvereine, Feuerwehrgruppen, Kirchengemeinden, Wohlfahrtsverbände und Frauengruppen mit demokratiefeindlichen Aktivitäten auseinandersetzen und eigene Maßnahmen umsetzen, um demokratische Prozesse innerhalb ihrer Vereine und Verbände zu stärken.

Es wurde bewusst daran gearbeitet, die Umsetzung des Landesprogramms als eine auf Dauer angelegte Querschnittsaufgabe zu gestalten. Mit der Entscheidung, die Maßnahmen aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) zu finanzieren, wurde eine in der Projektarbeit seltene langfristige Finanzierung erreicht. Durch die sieben Jahre dauernden Förderperioden konnte eine in diesem Themenfeld vergleichsweise stabile Planungssicherheit für die Träger und Aktiven in den Projekten sichergestellt werden. Dies führte zu einer großen Kontinuität, was sich nicht zuletzt daran zeigt, dass einzelne Mitarbeitende schon seit 2001 beziehungsweise 2004 ununterbrochen in einzelnen Projekten arbeiten und mehrere Träger seit 2007 eine Strukturförderung durch die Landesregierung und über Bundesprogramme erhalten. Mit dem Aufwuchs der jährlichen ESF-Mittel von 1,5 Millionen Euro 2008 auf 3,1 Millionen Euro 2021 ist die Zahl der finanzierten Strukturprojekte von 10 auf 19 Projekte angestiegen. Etwa 148 Personen arbeiten in Demokratieprojekten von den Partnerschaften für Demokratie bis zu den Beratungsprojekten.